

Arbeiterzeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht angenommen.

August 1925

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 490 29 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 29)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung angegebene Preise. Zahlung bis 5. Bezugsweise 20. jeden Monats.

Zum Kampf gerüstet!

Am 30. August tagt die Zentralaussschussung der KAPD. Nicht zu schönen Reden mit illusionären Parolen, sondern als Wegweiser und Wegbereiter zu Taten der proletarischen Revolution tritt dieser Zentralaussschuss der KAPD. zusammen.

Mit dieser Taktik tritt an die Stelle des Programms der proletarischen Revolution das Programm der reformistischen Verbesserung innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung. Die Durchführung der Revolution wird aus dem Aufgabenkreis dieser Organisation verbannt.

proletarische Massenbewegungen erschüttern den Bestand der Gesellschaft. Das Kapital hat jedoch alles Interesse, dieselben in gewerkschaftliche, gesetzliche Bahnen zu zwingen.

Während alle übrigen kleineren proletarischen Organisationen und anarchistischen Sekten den revolutionären Marxismus ablehnen oder aus Unklarheiten und Halbheiten ein aktionsunfähiges Programm entwickeln und in diesem Sumpf untergehen, ist es Aufgabe der KAPD., das Banner des unverfälschten Klassenkampfes wieder aufzurichten. Sie darf nicht wie diese als Sekte in sich verkümmern, sondern muß in dem Klassenkampf den Massen als Vortrupp vorangehen.

All diese Tatsachen und Erscheinungen, die weitere Zuspitzung der Klassenverhältnisse, sind die Fragen der Zentralaussschussung. Die Aufgaben der KAP. als Organisation des revolutionären Klassenkampfes sind nicht Fragen der Zukunft, sondern sie müssen in den hereinbrechenden Verhältnissen ihre Verwirklichung finden. Wenn Hunderttausende von Proletariaten das Opfer der kapitalistischen Wirtschaftspolitik werden, wenn man reformistische Forderungen mit politischen Aktionen, mit Massenausparungen beantwortet, dann ist die Fortführung der Revolution die wichtigste Aufgabe einer revolutionären Klassenkampforganisation. Die Aufgabe der KAP. ist es nicht, die Revolution auf den St. Nimmerleinstag zu verschieben, sondern aus der gegebenen politischen Situation den Boden für den revolutionären Entscheidungskampf zu schaffen.

Der Gradmesser der kapitalistischen Entwicklung ist nicht das Proletariat, das den weltpolitischen Ereignissen interessenslos gegenübersteht, oder ihnen neue Illusionen entgegenstellt, sondern die tatsächlichen Erscheinungen der Weltkrise. Die proletarische Revolution jedoch wird bestimmt durch den Grad des revolutionären Selbstbewußtseins der Arbeiterklasse. Und wenn die Revolution auf der Weltbühne zurückgetreten ist, so zeigt das, daß die revolutionäre Erkenntnis des Proletariats mit der geschichtlichen Entwicklung des Kapitalismus nicht Schritt gehalten hat, und beweist andererseits den konterrevolutionären Charakter der Gewerkschaften und der parlamentarischen Parteien. Während die kapitalistische Reaktion zur Offensive übergeht, erziehen sie das Proletariat durch die reformistische Taktik zur Passivität.

Eine große ideologische und organisatorische Umwälzung gilt es im Proletariat zu vollziehen. Der steigenden Ausbeutung, den Zoll- und Steuergesetzen, den Aussparungen und der politischen Reaktion stellt die Arbeiterklasse gewerkschaftliche und parlamentarische Organisationen gegenüber. Im Banne der reformistischen Organisationen hat sie nicht begriffen, daß die gesamten Erscheinungen der Ausbeutung und Unterdrückung nur mit dem Sturz dieses Ausbeutungssystems zu beseitigen sind, denn sie sind dessen zwangsläufiger Ausfluß.

Die Aufgabe der KAP. ist es, den reaktionären Einfluß der reformistischen Organisationen auf die proletarische Klasse zu brechen. Die ideologische und organisatorische Umwälzung im Interesse der geschichtlichen notwendigen Revolution zu fördern. Das Tempo der Entwicklung und die Stärke der revolutionären Tat des Proletariats hängt nicht zuletzt auch von der Aktivität der reformistischen Parteien her ab. Während auf der einen Seite der Einfluß der reformistischen Parteien zerstört werden soll, muß auf der anderen die politische Initiative im Proletariat geschaffen werden. Das geschieht nur, wenn eine Organisation vorhanden ist, die nicht als Sekte verkümmert, sondern die sich bei der Arbeiterklasse ideologischen und organisatorischen Einfluß verschafft. Das hängt nicht unbedingt von der numerischen Stärke derselben ab, wenn auch der allgemeine Einfluß eine nationale und internationale weit genug ausgedehnte Organisation bedingt. Die Grundbedingung der KAP. soll nicht Massenorganisation sein. Sie soll vielmehr eine Bewegung der politischen Initiative verkörpern, die ideologisch erklärt und festgelegt und organisatorisch durchgebildet an der Spitze der ausbrechenden Kämpfe dem Proletariat ein wirklicher Wegweiser ist. Eine Hauptbedingung für die Schlagkraftigkeit der revolutionären Kämpfe ist, daß sie einen einheitlich organisierten Charakter tragen. Es darf sich für die KAP. nicht darum handeln, die Revolution als einen unwillkürlichen Ausfluß aus der kapitalistischen Zersetzung zu betrachten. Der KAP. und der AAU. als revolutionäre Betriebsorganisation fällt vielmehr die Aufgabe zu, die Kämpfe willkürlich zu organisieren, sie nach den Grundsätzen der Revolution im Sinne des Kommunismus zu leiten.

Die Aufgabe der KAP. ist es, den reaktionären Einfluß der reformistischen Organisationen auf die proletarische Klasse zu brechen. Die ideologische und organisatorische Umwälzung im Interesse der geschichtlichen notwendigen Revolution zu fördern. Das Tempo der Entwicklung und die Stärke der revolutionären Tat des Proletariats hängt nicht zuletzt auch von der Aktivität der reformistischen Parteien her ab. Während auf der einen Seite der Einfluß der reformistischen Parteien zerstört werden soll, muß auf der anderen die politische Initiative im Proletariat geschaffen werden. Das geschieht nur, wenn eine Organisation vorhanden ist, die nicht als Sekte verkümmert, sondern die sich bei der Arbeiterklasse ideologischen und organisatorischen Einfluß verschafft. Das hängt nicht unbedingt von der numerischen Stärke derselben ab, wenn auch der allgemeine Einfluß eine nationale und internationale weit genug ausgedehnte Organisation bedingt. Die Grundbedingung der KAP. soll nicht Massenorganisation sein. Sie soll vielmehr eine Bewegung der politischen Initiative verkörpern, die ideologisch erklärt und festgelegt und organisatorisch durchgebildet an der Spitze der ausbrechenden Kämpfe dem Proletariat ein wirklicher Wegweiser ist. Eine Hauptbedingung für die Schlagkraftigkeit der revolutionären Kämpfe ist, daß sie einen einheitlich organisierten Charakter tragen. Es darf sich für die KAP. nicht darum handeln, die Revolution als einen unwillkürlichen Ausfluß aus der kapitalistischen Zersetzung zu betrachten. Der KAP. und der AAU. als revolutionäre Betriebsorganisation fällt vielmehr die Aufgabe zu, die Kämpfe willkürlich zu organisieren, sie nach den Grundsätzen der Revolution im Sinne des Kommunismus zu leiten.

Die Krise, die die Profitwirtschaft im Augenblick durchläuft, drängt sie zum schärfsten Vorgehen gegen die Arbeiterklasse. Das wirtschaftspolitische Bestreben der Kapitalisten auf dem Weltmarkt führt zu neuen großimperialistischen Kriegen. Der Imperialismus ist gezwungen, den Konkurrenzkampf um die Weltmacht durch den Krieg zu entscheiden. Die entflammten Kolonialkriege sind der Anfang dieses Ringens. Das gesamte Proletariat soll wieder Werkzeug des Imperialismus sein.

In den einzelnen Staaten wirkt sich die Krise dahingehend aus, daß sich die sozialen Verhältnisse der Ausbeuteten bis ins Aeuerste verschlechtern. Wir sehen die Zwangsmaßnahmen der Zoll- und Steuergesetze, die das verschärfte Ausbeutungssystem begleiten. Die kapitalistische Produktion wird auf den verengten Rahmen der Möglichkeit und Notwendigkeit eingeschränkt. Das Arbeitslosentum wächst fort und fort. Der Reallohn sinkt und jede Lohnforderung wird mit einer kapitalistischen Offensive beantwortet. Auf den kleinsten gewerkschaftlichen Lohnstreik erfolgt die Massenausparung durch die Kapitalisten. Sie zwingen der Arbeiterklasse geradezu den Kampf auf. Große Massen werden der politischen Spielball des Kapitals.

Mit den wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen parallel läuft die politische Reaktion der Bourgeoisie. Mit abschreckender Brutalität will dieselbe jeden revolutionären Gedankens beim Proletariat verhindern. Sie weiß, daß es zum Entscheidungskampf geht. Der wirtschaftliche und politische Druck, der immer stärker wird, erzeugt folgerichtig immer gewaltigeren Gegendruck. Große

Die Revolution ist nicht tot. Es fehlt nur, ihr ein neues Banner aufzurichten und Weg und Ziel klar und schärf aufzuzeigen. Die Revolution muß organisiert werden.

Gewerkschaftliches Arbeitslosenversicherung u. Gewerkschaften

Die „Fürsorge“ für die Arbeitslosen in Deutschland hat der Staat übernommen. Die „Arbeitslosenversicherung“ ist ein durch Verordnung geschaffenes staatliches Institut. Ebenfalls durch Verordnung ist festgesetzt, daß die Mittel dafür durch Arbeiter, Unternehmer und Reich aufgebracht werden. Die „Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“ und die Gewerkschaften erstreben eine Arbeitslosenversicherung nach dem Prinzip der Alters- und Invaliditätsversicherung. Arbeiter und Unternehmer sollen zu gleichen Teilen die Kosten aufbringen, und die Verwaltung übernehmen. Die Versicherten sollen Rechtsanspruch auf Unterstützung haben. Der Arbeitsnachweis soll das Organ der Arbeitslosenversicherung sein. Ein kürzlich stattgefundener Kongreß der Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, der von Teilnehmern aus allen Teilen Deutschlands und der Spitzengewerkschaften besucht war, erklärte sich mit diesen Richtlinien einmütig einverstanden. Ein entsprechender Antrag an die Reichsregierung zur Schaffung eines Gesetzes wurde im Reichstag von allen Parteien unterstützt.

Die Arbeitslosenversicherung soll zweierlei bezwecken. Die industrielle Reservearmee erhalten und, was wichtiger ist, die Wirtschaft vor „Erschütterungen zu bewahren“. Das Krachen im Gehäul des Kapitalismus hat die Herrschaften aufgeschreckt, die nicht direkt kapitalistische Ausbeuter sind, aber von Erträge der proletarischen Arbeit leben. Die ADGB, mit seinen Ideen und bezüglich der Lastenverteilung wie mit den Richtlinien insgesamt einverstanden erklärten. Dr. Freund fährt dann noch die Schlüsselwörter des Referenten des ADGB. an:

„Die Wirtschaft bedarf einer ständigen Reserve von Arbeitslosen, um bei steigender Konsumtion und bei Erschließung neuer Wirtschaftsgebiete den Arbeiterbedarf zu decken. Wenn jeder Arbeiter Beschäftigung hätte, wenn es keine Arbeitslosen gäbe, wäre das wohl für den Arbeiter ein idealer Zustand, für die Wirtschaft aber unerträglich.“

Der Verfasser des Artikels des „B.T.“, ein Geh. Reg.-Rat Dr. Richard Freund, der Vorsitzende der „Deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, der in dieser Bewegung und auf dem angezeigten Kongreß die führende Rolle spielte, erklärt ausdrücklich, daß sich die Vertreter der ADGB, mit seinen Ideen und bezüglich der Lastenverteilung wie mit den Richtlinien insgesamt einverstanden erklärten. Dr. Freund fährt dann noch die Schlüsselwörter des Referenten des ADGB. an:

„Das Arbeitslosenproblem ist das Problem unserer Wirtschaft. Mehr als einmal ist die Frage nach dem Schicksal der Erwerbslosen die Frage nach dem Schicksal der Gesellschaft selbst gewesen. Auch das Schicksal der Arbeiter im alten Rom wurde das Schicksal des Römischen Reichs.“

Möge Deutschland rechtzeitig vorbauen!“ Das ist die schlotternde Angst vor der Revolution! Gewerkschaftsbeamte und Regierungsräte wissen sehr wohl was auf dem Spiele steht. Es droht sich für sie am die Erhaltung der Lohnsklaverei. Man muß die Sklaven hungrig halten, daß sie willig sind, man darf sie aber nicht alle zu viel hungern lassen, daß sie rebellieren und der Demokratischen Republik das Schicksal des alten Roms bereiten.

Die Erwerbslosenversicherung und die Arbeitsnachweise in gemeinsamer Verwaltung der Kapitalisten und der Gewerkschaften! Ein schönes Planchen die Gewerkschaften: ein großer schwarzenetztes Parasitenheer durch die Beiträge der Arbeiter, auch der Nicht-Gewerkschaftsmitglieder ernähren zu einer direkten staatlichen Einrichtung zu machen. Wer gegen den Stachel lökt, wird ausgeschlossen von der Unterstützung wie von der Arbeitsvermittlung. Die Zahl der Arbeitenden und Unterstützten wird immer stark genug sein, die Hungersnot in Schach zu halten. Das ist der Sinn der Übung. Mögen die revolutionären Proletariat dies rechtzeitig erkennen, um den beiden Kampagnen ihr verdientes Ende zu bereiten.

Echt gewerkschaftlich. In dem Arbeitszeitstreit der Nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie, der um den Achtstundentag geführt wurde, erklärten in den Schlichtungsverhandlungen am 20. August die Vertreter der Gewerkschaften, daß sie die Kündigung des Arbeitszeitabkommens zurückzogen. Infolgedessen ist die Fällung eines Schiedsprüchens überflüssig geworden. Besser konnten sie es den Unternehmern wahrhaftig nicht machen.

Die Gewerkschaften bestimmen. In Warschau veranstalteten die streikenden Metallarbeiter große Demonstrationen. Es kam dabei zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei. Rücksichtslos und brutal ging dieselbe gegen die „disziplinierten“ Arbeitermassen vor. Die Gewerkschaften bestimmen den Grad der proletarischen Aktionen. In einer Versammlung der Streikenden forderten dieselben den Rücktritt der gewerkschaftlich und sozialdemokratischen Streikleitung und Einsetzung einer gemischten Kommission. Die Gewerkschaftsführer lehnten diese Forderungen ab und erklärten die Versammlung für geschlossen. Forderungen kann man von den Gewerkschaften den Himmel erklären in tausend Regenbogenfarben. — ohne Erfüllung. Die Forderungen und Wünsche des Proletariats werden nur erfüllt, wenn es diese Organisationen zerschlägt und sich mit solidarischer Klassenfront diese Wünsche selbst mit Kampf erfüllt.

Mitteilungen

- GROSS-BERLIN. 2. Unterbezirk (Moabit). Freitag, den 28. August, abends 7,30 Uhr im Lokal Oelschläger, Berlichingstraße 5, Versammlung. — Vortrag über das Thema: Gestalt der Naturgesetze. — Kommunisten? Sympathisierender kein Zutritt. 7. Bezirk. Zeitungsausgabe bei Sinsch, Wallstraße 88, Sill. 1. Tr. von 6-8 Uhr; dortselbst werden auch Bücherbestellungen angenommen, soweit sie nicht vorrätig sind. 16. Unterbezirk (Köpenick). Freitag, den 28. August, abends 8 Uhr, im Lokal Rudowser Straße 21, Mitglieder-Versammlung. Die Genossen müssen vollständig erscheinen. 19. und 20. Unterbezirk beteiligt sich am 28. August an der Versammlung in den Pharusallen.

Genossen! Naltet Euro Sammlt für den Pressefond!

weist das englische Gesamtwirtschaftsbild, insbesondere das von Kohle und Eisen, das der Rückgang der Kohlenförderung nicht nur durch den Fortschritt der Betriebsstoffwirtschaft erfolgt ist, d. h. auf die Erschließung von Naturkräften zur Elektrizitätserzeugung, Oelförderung und wissenschaftliche Wärme-energieerzeugung. Das englische Kapital ist nur noch in geringem Maße zur Akkumulation und zur Reproduktion der Produktionsmittel fähig. Das Arbeitslosentum Englands vermindert sich nicht mehr; es hat mehr als seinen Anteil an der Kriegskontribution aus Deutschland gekostet.

Das Wirtschaftsbild Europas ist überall dasselbe. Die Krise verschleicht sich wohl hier und da in einzelnen Wirtschaftszweigen aus dem einen Staat in den andern. Seit Jahr und Tag aber ist ein Abflauen der Produktion im europäischen Durchschnitt wahrzunehmen. Infolge Verschwendung aller europäischen Kapitalismen an Amerika wird in Zukunft noch mehr der Arbeitsertrag des europäischen Proletariats nach Amerika fließen. Oder aber Amerika wird, wenn sich sein Europa investiertes Kapital nicht mehr verzinst, die Kräfte einstellen und die schon hergekommenen Kapitalien zurückbekommen versuchen. Europa ist in der Zwangsbühle, auf der einen Seite ist die hochentwickelte amerikanische Technik auf der anderen die jungmoderne Industrie der Kolonien mit ihrer genigensamen produktiven, seine abgenutzten Rohstofflager sind teuer im Abbau. Europa wird auferleben. Das Proletariat hat nicht mehr die Möglichkeit, seine Lebensbedingungen zu verbessern. Die Kapitalisten werden in der Zukunft mehr denn je von der Verelendung der Arbeiterschaft leben.

Hier gilt es, den Hebel des Klassenkampfes anzusetzen. Steigende Produktion und schwindende Arbeitsmöglichkeit werden das Proletariat künftig mehr als bisher in Kampfstellung drängen. Es gilt die Lehren daraus zu ziehen und über die Lohnkämpfe hinaus den Kampf um die politische Macht und um die Produktionsmittel zu führen.

Vom Sklavenmarkt in der Agrarwirtschaft

Polen wirt Tausende von Optanten als überflüssige Arbeitskräfte im polnischen Wirtschaftsleben über die deutsche Grenze zu stechen in Deutschland, ohne hier in den Produktionsprozess einbezogen zu werden. Die deutschen Produktionsstätten, die für die Aufnahme dieser Ausgewiesenen in Frage kommen, der Bergbau und die Textilindustrie, werden selbst täglich neue Massen auf zu ziehen und über die Lohnkämpfe hinaus den Kampf um die politische Macht und um die Produktionsmittel zu führen.

Während in der mitteldeutschen Landwirtschaft 24 Pfennig Stundenlohn bezahlt werden, gewähren die ostelbischen und schlesischen Großgüterbauern nur 13 Pfennig. An Stelle der deutschen Arbeiter oder der Optanten treten dann polnische Arbeiter ein, die sich wie die schon früher der Fall war, am billigsten stellen. Die schlesischen Landarbeiter gehen nach Mitteldeutschland, während nach einer Meldung des „B. T.“ an ihre Stelle bereits 13 000 polnische Saisonarbeiter treten sind. Bei der Regierung wurde die Zulassung weiterer dieser billigen Arbeitskräfte beantragt.

Das Kapital fragt nicht danach, wieviele ringsum in seinem Staate keine Arbeit haben, sein Sklavenmarkt ist die ganze Welt. Wo sich in dieser Welt die billigsten Sklaven finden, dort werden sie gekauft, ganz gleich, ob es schwarze, weiße oder gelbe sind.

Ausland

Überkapitalisierung und Löhne

Unter dieser Aufschrift bringt der „Worker“ (Organ der KKP) einen Artikel, der nach mehreren Seiten bemerkenswert ist. Er zeigt erstens die unheimliche, die unheimliche Verschwendung der Wirtschaft gerade aus den Betrieben: Profit um jeden Preis herauszuschlagen und drittens die sozialdemokratische Hoffnung der Moskauer, die heutige Wirtschaft wäre noch zu verbessern, wenn unter ehrlicher kommunistischer Führung die Massen der Ausbeuteten ansetzen würden. Die Krise, wie sie etwa bis zum Anfang dieses Jahrhunderts periodisch, wenn auch in ungleichen Zeitaläufen wiederkehrte, hatte ihre wesentliche Ursache in der anarchischen Warenerezeugung. Da eben nicht für den Bedarf, in berechneter Absicht erzeugt wurde, fehlte der sichere Maßstab, Verbrauch und Erzeugung in Einklang zu bringen. Dies wurde noch verschärft durch das Anwachsen des fixen Kapitals, Bindungen von Menschen und Arbeitsmitteln, die bei Fertigstellung von großen Anlagen, Häfen, Eisenbahnen, Arbeitsmarkt, Geld- und Warenmarkt drückten, selbst die Fertigstellung größerer Fabriken, die sich oft ganz veränderten Bedingungen, als bei ihrer in Angriffnahme gegenüber sahen, erschwerten die Ubersichtlichkeit des Marktes und wirkten Krisenverschärfend. Aber die Krise hatte die Aufgabe, den technischen Apparat, sagen wir einmal, auf den Stand einer rationellen Wirtschaft herabzuschrauben. Die Entwicklung der Technik steht nie still, wertigen Betriebe und die hochwertigen gleich angespannt, wenn auch mit ungleichen Profitten. Gerade wenn die Hochkonjunktur den Höhepunkt überschritten, werden die besten leistungsfähigsten Betriebe mit den reichlichen Profitten aber zu teuer aufgebaut. Die Betriebe sind überkapitalisiert, einmal weil zu viele Aktien herausgegeben, zu viele Dividenden-schlucker da sind, das andere Mal, weil einfach der Apparat zu teuer gekauft ist. Es handelt sich hier auch um den Unterschied von Zins- und Unternehmergewinn. Die Krise wirkt nun die technisch zurückbleibenden Betriebe aus der Erzeugermasse, und die klugen Börsenmänner gehen daran, die in Schwierigkeit geratenen technisch überlegenen neuzeitlichen Betriebe, die in Zahlungsschwierigkeit geraten, zu sanieren, d. h. sie machen sich gesund, indem sie den Betrieb so billig ramschen, daß der Preis dem Durchschnittsmarktpreis entspricht oder darunter ist und indem überflüssige Kapitalien abgestoßen werden, kleinere Sparer ihr Geld los werden. Aber die heutige Krise ist im Weltmaßstab geworden, nachdem sie verschiedene Plänen durchlaufen hat, über die gelegentlich noch gesprochen werden kann, trotz aller „Gesundungskrisen“, kapitalistisch gesehen eine Krise, hervorgerufen durch die Überproduktion aus Produktionsmitteln. Auch die stillstehenden Betriebe sollen mit veräußert werden, darum läuft der ganze Apparat zu teuer. Wie aber die Kapitalisten künstliche Bedürfnisse erzeugen um ihren Schund an den Mann zu bringen, so erschweren sie

auch die Krise, indem sie künstlich überkapitalisierte Betriebe schaffen. „The Worker“ vom 4. Juli 1925 schreibt darüber: „Während des Jahres 1924 hat Angabe des Kanadischen Eisenbahngesellschafts festgestellt, haben die kanadischen Eisenbahnen einen Profit von 17 242 251 Dollar, von dem wirklichen Betriebskapital, den wirklichen Ausgaben gehabt, d. h. 5 v. H. Dieser Betrag zusammen mit 54 800 419 Dollar aus öffentlichen Mitteln ist an die privaten Aktienhaber als Dividende gezahlt worden. (Das ist nicht anders zu verstehen, als daß die Regierung eine 5-prozentige Verzinsung der Eisenbahn bei ihrer Gründung garantiert hat. Diese würde nun um ein Vielfaches zu teuer gebaut.) Um die ganzen gesetzlich festgesetzten Dividenden zu bezahlen, mußte die Eisenbahn einen Gewinn von 20 v. H. und mehr des wirklichen Kapitals abwerfen.“

Der gewöhnliche Eisenbahnen wird geneigt sein, diese Zahlen mit Gleichgültigkeit zu betrachten, als hätten sie kein unmittelbares Verhältnis zu ihnen. In Wirklichkeit trifft die gesamte Uberschuss der Gewinne auf die Schulden der Eisenbahnen an seinem empfindlichsten Teile — an der Lohnhöhe. Solange die Kanadische Eisenbahn unter diesem schweren Burde leidet, wird die Leistung unter ständigem öffentlichen Druck gezwungen sein, die Ausgaben möglichst einzuschränken — d. h. hauptsächlich: das Lohnkonto. Das bedeutet, daß in 4-5 Tagen geschliffen werden muß, was eigentlich ein Sechstageswerk sein sollte.

Es bedeutet einen ständigen Ansporn zur Lohnreduktion und macht jede Anstrengung fruchtlos, einen Mindestlohn festzusetzen, der einen gewissen Lebensstandard erlaubt. Dies ist im Berichtsjahre um 14 000 000 Dollar gekürzt worden, davon allein 8 000 000 Dollar vom Lohnkonto. Mit anderen Worten: die 17 000 000 Uberschüsse sind zum größten Teil geradezu aus der Lohnhöhe des Arbeiters entnommen.

Jedes Jahr, wenn der Eisenbahnminister einen Antrag einbringt, aus Staatsmitteln die Differenz zwischen dem wirklich gemachten Uberschuss und dem ganzen Anspruch der Besitzer der Eisenbahnmaktien zu zahlen, gibt es einen allgemeinen Aufschrei. Die schlechte Leistung und die faulen Arbeiter haben natürlich die Schuld. Man überieht die Tatsache, daß die nationalen Eisenbahnen in ihrem Profit sehr vorteilhaft gegen die Majorität der anderen Industrieunternehmen abschneiden. Sie sehen auch nicht, daß die nationalen Eisenbahnen einen Uberschuss abwerfen, den sie nicht abwerfen müßten, wenn sie die ganzen garantierten Dividenden zahlen sollten. Dies ist unmöglich, angesichts der „politischen“ Abteilungen der Eisenbahnen und der Konkurrenz, welche diese gegen die Motorwagen und sonstigen technisch höher stehenden Privatbetriebe im Frachtdienst zu bestehen haben.

Die Verantwortlichkeit für diese Überkapitalisierung fällt auf jene Steuerzahler, welche für Politiker stimmten, die diese Bedingungen geschaffen haben. Die einzige Möglichkeit, diese Last loszuwerden, würde darin liegen, den Wert der Eisenbahnen auf einen Betrag herabzuschreiben, den sie wirklich haben auf einen Betrag, der die Steuerzahler nicht entlasten würde, würde es doch die Betriebsleistung und die Arbeiter von einer unzureichenden Kritik entlasten und ihnen eine größere Aussicht auf Erfolg geben. Dies würde auch letzten Endes der gesamten Bevölkerung zugute kommen.“ Wir wissen aus dem Buche Henry Fords, soweit wir es nicht sonst schon sahen, wie gerade die Eisenbahnen mit unproduktiven Ausgaben überlastet sind. Unnützes Aufsichtspersonal und unnütze, zeitraubende Vorschriften, die die Produktion ist eine Sache, die beim Kapital Privatbetrieb — Staatsbetrieb oder Kommunismus nicht zu vergessen ist. Mangel an Kapital und künstliche Aufsichtswesen sind beides der Ausfluß dessen, daß dem akkumulierten Kapital, daß dem produzierenden Produktionsmittel, die zahlungsfähigen Käufer fehlen, daß die neu zu erschließenden Märkte zu klein sind, während die alten verschlindern. Trotzdem ist diese Todeskrise keine mechanische, sie ist ein Prozeß der menschlichen Handlung; wenn das Proletariat alle Leiden der Umstellung der Weltwirtschaft auf sich nehmen will, wenn es nicht aufsteht, seinem Peiniger den Genickack zu geben, wird der Kapitalismus noch manche Atempause erleben. Keine Maskeradezüge nach dem Heiligengeist- oder Tempelhofe, keine Ratschläge an die Regierung: nur die entschlossene Tat wird hier helfen.

Zollautonomie in China.

China ist gezwungen, sich im Interesse seiner eigenen Wirtschaft der Schutzkonkurrenz der großkapitalistischen Weltmächte zu erwehren. Es hat seine Zollautonomie reformiert, die von englischen und japanischen Kapital mit allen Mitteln unterdrückt wird. Die Kolonialpolitik ist jedoch an den Grenzen einer ungehinderten Entfaltung. Der Kolonialkrieg gegen primitive Völker und Kontinente zur ungehinderten Ausbeutung derselben, ist in den entscheidenden Jahren der Weltwirtschaft umgewandelt. Der Kampf um die Zollautonomie Chinas ist durch einen Hafen-Boycott verschärft worden.

- 1. Dampfer jeder Nationalität, englische und japanische ausgenommen, haben das Recht, jeden Hafen anzulufen, mit Ausnahme Hongkong.
- 2. Sofort nach Einlaufen in den Hafen werden die Dampfer durch Kommissionäre des „Antimperialistischen Verbandes“ einer Durchsuchung unterzogen.
- 3. Die Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Innern des Landes ist verboten.

Der britische Generalkonsul soll bei der chinesischen Regierung angefragt haben, ob dies offiziell sei. Sie bedeutete eine Verletzung der britisch-japanischen Vertragsrechte. Die britische Regierung wird die Gesamtlage einer Prüfung unterziehen.

Der Boycott kostet Hongkong einen Handelsverlust von täglich 200 000 Pfund Sterling. Viele ausländische Firmen müssen Entlassungen vornehmen.

Der Kampf in China wird somit von neuem auf die Spitze getrieben.

24-stündiger Generalstreik in Marseille.

Auf den Streik der Bankbeamten, der sich schon über Wochen ausdehnt, haben die Gewerkschaften einen 24-stündigen allgemeinen Streik ausgerufen. Die Beamten stürmten einige Banken, in denen Streikbruch geübt wurde. Sämtliche Betriebe standen anläßlich der allgemeinen Arbeitseinstellung alle Verkehrsmittel feierten und alle öffentlichen Gebäude still. Schlichter hatten geschlossen. Große disziplinierte Demonstrationen bewegten sich durch die Stadt. Zu ungesetzlichen Ausschreitungen ist es nicht gekommen.

Ermordung des Finanzkommissars in Kanton.

In Kanton ist nach verschiedenen offiziellen Meldungen ein bedeutender Räumungsführer ermordet. Es handelt sich um Liao Chung-ka, den Finanzkommissar von Kanton, der als einer der tätigsten Protagonisten der Kämpfe in China und als Führer der chinesischen Kommunisten.



# Groß-Berlin: Freitag, den 28. August in allen Unterbezirken Mitgliederversammlung

## Sozialdemokratischer Unkenntnis

Das „Hamburger Echo“ schildert die viel gepriesene „friedliche Entwicklung zum Sozialismus“ — die doch das Kerntück sozialdemokratischer Theorie und Praxis ist — im siebensten Jahr der Republik also:

„Alle Zeichen, an denen man das Wirtschaftsbarometer ablesen kann, deuten auf Sturm. Die katastrophale Krise in der deutschen Rohstoffindustrie, die Absatzen im Kohlenbergbau und in der Schwerindustrie, die Stilllegungen in großen Wirtschaftszweigen, die Zuhilfenahme der Inflation, die in Handel und im Textilgewerbe, die drückende Last der hohen Bankzinsen, die Konzentration — alles das weist darauf hin, daß wir vor einer gewaltigen Umstellung der deutschen Wirtschaft stehen, die durch die verheerenden Nachwirkungen des Krieges und der Inflation notwendig geworden ist. Die anhaltende Baisse der Börsenkurse, an der die Annahme der Zollvorlage nichts ändern konnte, erschwert die Kapitalbeschaffung derjenigen Unternehmen, die es mit der Umstellung ernst meinen. Viele Betriebe haben überhaupt noch nicht den Anfang gemacht, andere sind im Stadium der Umstellung begriffen, und was es geht. Wir stehen vor einem Anwachsen der Arbeitslosigkeit, die durch eine verfehlte Politik der deutschen Unternehmen auf dem Gebiet der Preise und der Löhne bedingt ist. Die Umstellung der Wirtschaft hat in gewaltigen Umfang anzunehmen, braucht noch viel mehr als die Überwindung der Krise, die man jetzt befürchtet, sie kommt vielmehr zu einer Gesundheitskrise werden, wenn Staat und Wirtschaft gemeinsam die Voraussetzungen für ihre Überwindung zu gemeinsamem Nutzen nicht schaffen, durch künstliche Überhöhung der Preise die Kartellrente, den Schutz der unwirtschaftlichen Betriebe, sowie in der Landwirtschaft die Steigerung der Bodenrente zu bewirken. Die Milliardenlast der Reparationen wird so auf die Schultern der breiten Volksmassen eine weitere Milliardenlast aufgebürdet, deren Endeziel nichts anderes sein kann als der Schutz des Profits auf Kosten der Arbeiter.“

Dem Arbeiter, der ein Gedächtnis hat, muß dieser Unkenntnis vor verdächtig schneidender Sozialismus, der „Katastrophen“ hinüberwechseln oder platzt sie das „Bolschewismus“ denken sie vielleicht daran, daß sie auf den Schicksalpyramiden revolutionärer Proletariat jenes Regime der Demokratie, dessen Räder, dessen Räder als Platzmacher der offenen Kartellrenten, dessen Räder als Platzmacher der offenen Kartellrenten vorläufig ausgespielt? Oder wollen sie durch billige Opposition die etwa rebellierenden Massen schon in voraus beschwichtigen um sie dann desto gründlicher knechten zu helfen?

## Rote Bolschewisten

Das Exekutivkomitee der Internationalen Roten Hilfe veröffentlicht in der KPD-Presse einen Aufruf, der sich mit den Henkermethoden der bulgarischen und politischen Justiz befaßt und ein Musterbeispiel für die politischen Verschönerungen ist, die alle unter dem Mantel des Leninismus Platz finden. Es heißt da:

„Genossen, Brüder, Menschenfreunde! Die schwarze Sünde der bürgerlich-militaristischen Reaktion macht eine reiche Todschatze. Bulgarien, Estland und Polen sind nunmehr klassische Länder in der Geschichte des gerichtlichen und außergerichtlichen Mordes an den Vorkämpfern der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und all jener, die der revolutionären Bewegung nur die geringste Sympathie entgegengebracht haben oder auch nur dessen Verdächtig geworden sind.“

Wir können hier nicht alle diejenigen aufzählen, die nach dem Willen der wahnwitzigen Reaktion ihrem gewaltsamen Tode entgegengehen, die den letzten Sonnenstrahl samten Tode vielleicht nur auf jenem Platz erblickten, wo wenige Minuten später ihre Leichen, einen weißen Sack über dem Kopf, die Hände auf dem Rücken am Galgen hängen werden.“

Doch die in den Gerichtsurteilen ausgesprochenen Hinrichtungen sind nicht alle vollzogen. Wir müssen das Ende der Hinrichtungen in Bulgarien verlangen, darauf warten Hunderte „Jünglinge und Mädchen, Männer und Frauen, Junge und Alte, alle wahren Vertreter des revolutionären bulgarischen Volkes.“

Wir dürfen nicht länger schweigen. Polen und Estland, die als Musterbeispiele der „Demokratie und des Rechts“ gegründet wurden, stehen nun vor der ganzen Welt im „Ruhme“ unerhörter Henkerkate. Die wohlverdiente Verachtung und der Haß aller, die noch menschenlich und ehrlich sind, muß sie treffen!

Genossen, Brüder, Menschenfreunde! Protestiert, verlangt, daß die Galgen niedrigerissen, daß die Hinrichtungen eingestellt werden. Diplomatische Vertreter, Regierende, Gerichtshöfe, alle direkten und indirekten Urheber der Todschatze, alle Helfer sollen Euren Protest, Eure Forderungen zu hören bekommen. Des Henkers Hand soll erzittern.

Nieder mit den Galgen!  
Nieder mit den Hinrichtungen!  
Man sieht: Die Menschlichkeit ist in dieser harten Zeit doch noch nicht ganz zu den Hunden geflohen, sie hat ein Plätzchen bei den Moskauer. Warum sollte auch die Revolution nicht humanisiert werden können? Wenn die Deutsche Republik ihre „Revolutionäre“ nur politisch aus Parlaments-sälen hinausgedrängt, braucht man doch anderswo nicht gleich mit Galgen zu kämpfen.

Das revolutionäre Proletariat sieht in Galgen und Guillotine nützliche Werkzeuge, bei denen es ausschließlich darauf ankommt, ob sie für das Proletariat oder die Bourgeoisie bestimmt sind. Die proletarische Revolution ist zunächst nicht eine Angelegenheit der Liebe, sondern des Kampfes hart auf hart. Sie hat jene verlogenen, protestierende und spießbürgerlich-qualitative Menscheneigenschaften, die die Notwendigkeit des rückwärtslosen Kampfes zwischen Arbeit und Kapital verdrängen. Wir verlangen von der Bourgeoisie nicht, daß sie sich weniger grausam zeigt als sie ist. „Wenn die Reihe an sich kommt, werden wir den revolutionären Terror nicht beschönigen.“

## Aus dem Gedächtnis von Anarchisten

Die Gruppe Moabit der Anarcho-Kommunisten hatte sich die Aufgabe gestellt, das Programm der KAPD in drei bis vier Abenden vorzunehmen, nicht um aus demselben die notwendigen Klassenkenntnisse zu ziehen, sondern um solches in die Angelegenheit der Liebe, sondern des Kampfes hart auf hart. Sie hat jene verlogenen, protestierende und spießbürgerlich-qualitative Menscheneigenschaften, die die Notwendigkeit des rückwärtslosen Kampfes zwischen Arbeit und Kapital verdrängen. Wir verlangen von der Bourgeoisie nicht, daß sie sich weniger grausam zeigt als sie ist. „Wenn die Reihe an sich kommt, werden wir den revolutionären Terror nicht beschönigen.“

Es sieht also a. a. Ein Programm ist das Gleiche, als wenn die Käsehänder ein Programm anstellen für ein abzuhaltendes Fest! Neu entretende Mitglieder kennen die Ent- stehung und Entwicklung des Programms nicht und wie der oder diejenigen heißen, die es entworfen haben. Mit allem,

## Ortsgruppen! Postbezieher!

Dieser Nummer liegen Zahlkarten bei. Wir weisen nochmals darauf hin, daß Rückstände von mehr als vier Nummern Einstellung der Belieferung zur Folge hat. Die Abrechnung hat jeweils bis zum 5. und 20. jeden Monats zu erfolgen. — Genossen haltet Eure Zeitung hoch! Rechnet pünktlich ab! Sammelt für den Pressefond!

was in der Partei vor sich gegangen ist, müßten die neuen Mitglieder sich von vornherein einverstanden erklären, sonst würden sie nicht in die Organisation aufgenommen! Wer auf ein Programm schwört, der müsse morgens, wenn er aufsteht, zuerst nachlesen, was er am Tage zu tun habe, abends, wenn das Mitglied zu Bett gehe, müsse es in sich gehen und sich befragen, ob es nun nach dem Programm gehandelt habe. Aus lauter Mischzurategie über das Programm könne der Mensch nicht zum Handeln! Wenn auch die wirtschaftliche Perspektive, die das Programm im ersten Teil zeige wunderbar sei, so brauche man daraus doch keine Konsequenzen zu ziehen! Menschen als hochstehend anerkennen, weil sie infolge ihrer Geistesbeschaffenheit auf der vierten Etage, als über einen stehend, anerkennen, weil der auch was abgibt! Revolutionäre Arbeiter sind der größte Schwindel des Jahrhunderts, wo das Organ der Anarcho-Kommunisten „Der freie Arbeiter“ sich mit großer Sachkenntnis für den KAPD propagandierten revolutionären Arbeiter einsetzt!

„Eine lehrte jede Organisation ab und war — Mitglied der anarch. Föderation. Darauf aufmerksam gemacht, wurde erwidert, daß dies keine Organisation sei. Wenn heute, von den Vorkämpfern der Revolution, die wir zu bekämpfen, die Revolution zu stützen, so müsse man mitmachen, da es gälte gegen den Staat zu kämpfen! Was Rucker sage, gehe sie nichts an. Der Satz des Programms, daß der Kapitalismus aus einem aufbauenden zu einem zerstörenden übergehen werde, sei Unsinn. Der Kapitalismus habe nur zerstört. Historischer Materialismus sei ebenfalls Unsinn! Die Einzelpersonentheorie werde natürlich ebenfalls vertreten. Dies und das gehe die Organisation nichts an!“

Jeder oben angeführte Satz sowie auch die nicht angeführten Meinungen, wurden von anderen anwesenden Anarchisten als nicht richtig bezeichnet. Es versteht sich am Rande, daß der Zentralismus der KAPD, aber dem Referenten ganz besonders angehen hatte. Am meisten aber schmerzte es, daß an einer Stelle des Programms von anarchistischer Produktionsweise die Rede ist. Keine Umdeutung der Feststellung des Programms, daß eine Zusammenfassung der fortgeschrittenen Elemente in eine besondere Organisation, eben der KAPD, eine Notwendigkeit ist, daß diese Partei der Kristallisationspunkt ist, an dem sich der Umwandlungsprozeß geschichtlicher Erkenntnis in kämpfendes Wollen vollzieht (siehe Seite 20 u 21 Absatz 2 des Programms).

Aus dem Verlauf der beiden Abende zeigte sich immer augenscheinlicher, wie bitter mit der Zusammenfassung der klarsten fortgeschrittenen Arbeiter in eine besondere Organisation, d. i. die KAPD, ist.

Am zweiten Abend wurde bereits erklärt, daß es zwecklos sei, sich mit dem Programm weiter zu befassen, sei Unliege das Thema: Proletariat und Erziehungsgemeinschaft. Dieses Problem könne jetzt schon gelöst werden. Es würde auch so beschlossen.

Sollen wir angesichts dieses Tohuwabohus den Mut gegenüber diesen Arbeitern, die von revolutionärem Wollen besetzt sind, verlieren? Nein, sagen wir, da feststeht, daß der größte Teil dieser Genossen auf Grund der politisch-wirtschaftlichen Verhältnisse eines Tages doch an der richtigen Stelle stehen wird, wie es das Programm der KAPD, an Hand des historischen Materialismus, wissenschaftlich begründet hat.

## Genossen! haltet Eure Zeitung hoch! Sammelt für den Pressefond!

## Berlin baut Kirchen

Die „Intelligenzzentrale“ Berlin ist es, die mit dem Kirchenbau wieder am ersten Anfing. Obwohl die Stadt die Einwohnerzahl der Vorkriegszeit noch nicht wieder erreicht hat, in der Hollmannstraße ist ein Gebäude, daß sehr gut auch zu Wohnzwecken geeignet wäre, zu einer katholischen Kirche umgestaltet. Außerdem sollen im Hansaviertel, in Mahlsdorf, Grenewald und Wannsee neue katholische Kirchen gebaut werden. Evangelische Kirchen sind geplant in Tempelhof, Charlottenburg, Borsigwalde und Mariendorf.

Die Kirche betreibt nur die „Seelsorge“ gegen vorherige Kasse versteht sich; die Sorge um den Körper der Proletariat geht sie nichts an. Mag eine ganze Proletariatsgeneration verkommen in Gassen, Asylen, Kellern und Holzschuppen, genannt Lauben; mag eine neue Proletariatsgeneration verkommen in danklosen, überfüllten Verliehen hinter Mauern, in Gräben, im Muttererbe. Der Kirche geht das nichts an; es gibt Proletariat genug, zuviel, und künftig werden noch weniger gebraucht werden. Es schadet nichts, wenn die Proletariat körperlich verkommen, und dadurch geistig verkrüppelt. „Selig sind die Geistesarmen, denn sie werden Gott schauen.“

Tatsächlich werden die Kirchenneubauten damit begründet, „daß der Kirchenbesuch in den letzten Jahren stark zugenommen hat, hauptsächlich der von Männern.“ Mit den Dutzenden Millionen Mark, die die Kirchen verschlingen werden, könnte die Wohnmassen in Groß-Berlin zu einem großen Teil bebaut werden. Könnte! Wenn dem Kapitalismus an dem „Seelenheil“, d. h. an der Geistesarmut nicht mehr gelegen wäre, als an der körperlichen — Verkrüppelung. Selig sind die Geistesarmen, denn sie lassen sich peitschen und treten, und schaffen Profit, ohne aufzumucken.

Würden nur die Proletariat aus der Kirche austreten, die vorschützen klassenbewußt zu sein, wäre der Verblödungsapparat bald auf dem Trocknen. Denn, die für das „Seelenheil“ der Proletariat „sorgen“, wären dann die Steuern so hoch, daß sie selbst den Schwarzen den Rücken kehren würden. Wenn sie es selbst bezahlen müßten, hörte auch die „Seelsorge“ auf. Heute werden sie unständig bezahlt dafür, zum größten Teil von Proletariern, die in dankbaren Löchern verkommen. Für die neu zu errichtenden Gotteshäuser werden wahrscheinlich noch einige Dutzend Mietskasernen weggerissen werden; werden noch einige Tausend „Seelen“ auf Plaster gesetzt, damit ihr „Seelenheil“ gedeihe.

Selig sind die Geistesarmen, d. h. dem Staat die Kirchensteuern zahlen, wovon sie sich durch eine Postkarte befreien können.

## Das Ende der Sinnspresse

Stück für Stück wird aus dem einst so glänzenden Großkonzern dem Schacher übergeben. Die Herrlichkeit ist dahin und jeder der gutbetrunkenen Brüder versucht zu retten was zu retten ist.

Tagtäglich werden neue Abtretungen gemeldet. Nun ist auch die ideologische Stütze des Stümeskonzern zum Verkauf gekommen, die „DAZ“, ist mit samt ihren Chefredakteur aus dem Lager der Sozialdemokratie, Paul Lensch und seinem Stabs Stiriener und Winnig u. a. m., zum Preis von 3 Millionen Mark an ein Konsortium verkauft worden. An der Spitze dieses Unternehmens stehen einige national-liberale Kapitalisten. Die ehemaligen geistigen Hauptlinge der „DAZ“ müssen also ein wenig die Farbe wechseln. Es fällt nicht groß auf. Geist ist bei ihnen Ware, und sie haben ja schon ein Stückchen Entwicklung hinter sich. Zwar haben sie als Stab der Redaktion gegen eine geistige Knechtung protestiert — Doch — die Umstände bestimmen das Denken der Menschen, und bald wird der hellrot schimmernde Paul Lensch im wunderbaren Schwarzweiß der Nationalliberalen schillern. Entwicklung ist nie vollkommen, vielleicht kehrt er nochmal auf Wunsch zur Sozialdemokratie zurück.

## Mitteilungen

Bezirk Rheinland-Westfalen. Genossen, sendet schnellstens die Fragebogen der Bezirksleitung, und rechnet Pflichtbeiträge ab, nehmt Stellung zu dem Rundschreiben. Die Bezirksleitung.

## GROSS-BERLIN

Achtung Bezirkskassierer! Montag Abend 3/7 Uhr. Zusammenkunft. Ort ist von den Bezirksführern zu erfahren. Sämtliches Material mitbringen. Die alten Marken werden eingezogen. Es erfolgt Neuausgabe von Material. Der Hauptkassierer.

1. Unterbezirk (Mitte). Freitag, den 28. August, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal Perschke, Georgenkirchstr. 14, ein öffentlicher Diskussionsabend statt. Thema: Die politische und wirtschaftliche Lage.

Jeder Proletariat, der ein Interesse an dem Herauskommen aus dem kapitalistischen Sumpf und an der Verwirklichung des Kommunismus hat, sei eingeladen.

2. Bezirk (Moabit). Die für Freitag, den 28. 8. angesetzte Versammlung fällt aus. Die Genossen betätigen sich an der öffentlichen Versammlung in den Pflaursälen.

6. Unterbezirk (Halesches Tor). Freitag 7 1/2 Uhr, im Lokal Kottbusser Kreuz, Mitgliederversammlung. Stellung zu den Rublanddelegationen.

7. Bezirk (Charlottenburg). Freitag, den 28. 8. 25. 7 Uhr, Mitgliederversammlung bei Jakobs, Galvanstraße 7. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen jedes Genossen unbedingt erforderlich.

17. Unterbezirk (Lichtenberg). Freitag, den 28. 8. pünktlich 8 Uhr, Mitgliederversammlung bei Bartsch Neue Bahnhofsstraße 20. Referat: Marxismus und Darwinismus.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Otto Schmitt-Berlin. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isenhardt, Berlin O 17, Langgasse 78.

### Die Kinderkrankheit des Radikalismus im Kommunismus

von **N. LENIN**

Herausgegeben mit Einleitung und Erläuterungen versehen von **A. Maslow**

Preis 1.— M.

---

### OFFENER BRIEF an den Genossen LENIN

Eine Antwort auf Lenins Broschüre: Der Radikalismus eine Kinderkrankheit des Kommunismus von **HERMANN GORTER (Holland)**

Preis 0 70 M.

Zu beziehen durch:  
**Buchhandlung für Arbeiter-Literatur und Antiquariat**  
 BERLIN O 17, Warschauerstr. 49  
 Postscheck-Konto 49029

# 6. Jahrg. Nr. 68

# Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 0,15 Mk.

## August 1925

Die Zeitung erscheint zweimal wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisation der Partei und im Straßenhandel. — Inserate werden nicht aufgenommen.

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 49029 (Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin O 17, Warschauer Straße 49)

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifenband durch die Post: Halbmonatlich die im Kopf der Zeitung ausgegebenen Preise. Zahlung bis 5. beziehungsweise 20. jeden Monats.

# Wahrheit über Rußland u. die Arbeiterdelegationen

Im Zusammenhang mit der von der 3. Internationale unternommenen Kampagne für die Vereinigung der sogenannten „Roten Gewerkschafts-Internationale“ mit der „Amerikaner-Internationale“ haben ihre Sektionen Delegationen nach Rußland organisiert, die den Anschein erwecken sollen, als seien sie spontan aus in Rußland Arbeiter gebildet, die in Gewerkschaften organisiert sind, die nicht nur unter der Diktatur der bolschewistischen Partei leiden, sondern selbst regieren: Arbeiter, die den Kapitalismus beseitigt haben, und auf dem Wege zum Sozialismus sind.

Was sind diese Delegationen? Gut ausgesuchte Sozialdemokraten und Parteilose. Schon hier fällt der raffinierte Jesuitismus der Moskauer Werkzeuge ins Auge, die immer verstehen, sich unter „verschiedene Parteilose“ und fremde Formen zu verstecken. Die bewußten Proletariat müssen sich die Frage stellen: Welchen Wert haben die „Untersuchungen einer solchen Delegation, die aus Leuten besteht, welche, obwohl sie Arbeiter aus den Betrieben sind, im Laufe jahrelanger erbitterter Klassenkämpfe aber keinen bestimmten Standpunkt bilden konnten und keine bestimmte Position einnehmen, oder den Unterschied zwischen einer proletarischen Klassenpolitik und der Sozialdemokratie und Gewerkschaften nicht begriffen haben. Es ist klar, daß einer solchen Delegation der kritische Blick fehlt. Sie verfügt nicht über das notwendige Verständnis der Zusammenhänge der gesellschaftlichen Erscheinungen, sowie über die notwendige Fähigkeit zur Untersuchung der Tendenzen der Entwicklung Rußlands. Es ist kein Wunder, die „Untersuchungen“ dieser Arbeiter-Delegationen tragen mehr den Charakter einer Sommerreise, einer von der Obrigkeit organisierten Parade, als wie einem Versuch zum tieferen Einblick und die Richtungen ihrer Entwicklung.

Ein Beispiel: „Einige Tage nach der deutschen Delegation kam eine solche von Schweden in Rußland an. „Es sind 300 „Mann“, schreibt die „Pravda“ vom 22. Juli, — eine ganze Kompanie, aufgestellt in zwei Gliedern, die der Rede ihrer Kommandeure — (deren Redakteur von „Politikern“, Gen. Tschilbam, mit scharfer Brille und herzhühnernden roten Halstuch gekleidet), — alle auf einmal scharf und laut antworten: „Hurra! — Hurra! — Hurra!“ — Nach einigen Tagen Aufenthalt in Leningrad und Moskau, die mit Parade und offiziellen Sitzungen ausfüllt waren, sind nach Schweden zurückgefahren, um die „Wahrheit“ über Rußland zu verbreiten und um an dem Aufbau der Einheitsfront zu arbeiten.

Die deutsche Delegation hat versucht, ihre Sommerreise deutsch auszugestalten, d. h. ihr den deutschen „Ernst“ zu geben. Umgeben von den Sorgen der gefälligen russischen Obrigkeit und begleitet von ganzen Armeen russischer Korrespondenten und Dolmetscher, „die ihr, wie allen übrigen Delegationen, von den Bolschewisten zur Verfügung gestellt wurden“, reisten sie über einen Monat durch Rußland. „Es ist klar, daß die Bolschewisten auf die deutschen Delegationen großen Wert legen, und sie „zeigen“ ihr die positiven sowie die negativen Seiten.“ So versichert wenigstens diese Delegation in ihren Erklärungen und Reden, die in der bolschewistischen und der KPD-Presse veröffentlicht wurden. „Sie hat nicht nur die gut organisierten Betriebe, sondern auch die schlechten gesehen; — ihr sind nicht nur die guten Wohnungen, schlechten gesehen; — sie hat Kränkenhäuser, Schulen, Erholungsheimen usw. gesehen“, — das heißt: alles, was an und für sich gar nicht charakteristisch für eine Gesellschaftsordnung ist, und das nicht die Möglichkeit gibt, die Richtung seiner zukünftigen Entwicklung festzustellen.

Die russische Staatsindustrie, die für die Delegation nicht mehr und nicht weniger eine sozialistische Form darstellt, nimmt in Wirklichkeit einen unbedeutenden Platz in der russischen Wirtschaft ein. Parallel mit ihr existieren andere ökonomische Formen. Wie groß ist ihr Umfang in der Gesamtwirtschaft, welches ist ihre Rolle, die sie heute spielen, welches sind die Perspektiven für ihre zukünftige Rolle und welche Formen wird die Entwicklung Rußlands unter ihrem Einfluß einnehmen? Diese Fragen können nicht in einer Sechswochenreise untersucht werden und dabei nicht in einer Sechswochenreise untersucht werden, welche bis von einer Delegation, die aus Leuten besteht, welche bis gestern noch nicht sahen und verstehen konnten, daß unter dem Regime Noske und den Herrlichkeiten der Weimarer

Verfassung der „Sozialismus“ nicht marschieren kann. Alles, was die Delegation über diese Fragen weiß, ist entlehnt aus den Erklärungen, die die russischen Machthaber sich erwehnen zu fühlen haben, ihr zu machen. Die Delegation wird vielleicht beanspruchen, daß sie wenigstens eins mit absaher Sicherheit feststellen kann, nämlich, die Zufriedenheit der Arbeiter über die bolschewistische Politik, um daraus einen indirekten Beweis zu ziehen, daß die bolschewistische Politik eine proletarische Klassespolitik sei, daß also in Rußland das Proletariat herrscht. Der Beweis dafür — nach den zahlreichen Reden und Erklärungen — sind die zu ihren Ehren organisierten Paraden, sowie die Unterhaltung mit einzelnen Arbeitern. Die Zufriedenheit der Arbeiterklasse in einem gegebenen Lande mit einer bestimmten Politik, ist noch kein Beweis, daß diese Macht eine Arbeitermacht ist, und daß ihre Politik einen proletarischen Charakter trägt. — und es genügt, zu zeigen,

Obenwill, so kann mich niemand dazu zwingen.“ Obenwilligen stellt die Frage: „Wahrscheinlich geneigten Sie sich, weil hier der Vertreter des Bezirks-Gewerkschaftsrates, der Vertreter der Zelle und der Direktor des Betriebes anwesend sind?“ Der Arbeiter aber antwortet stolz: „Ich bin Arbeiter und niemand kann mich zwingen, das zu sprechen, was ich nicht denke.“

Wir nehmen an, daß der Arbeiter diese stolze Antwort gab. Wir verlassen die Frage, ob, nachdem er in Gegenwart der Obrigkeit eine gestellte Frage beantwortet hat, es dann noch einen Sinn hat, oder ist das pure Demagogie, wenn man in Gegenwart der Obrigkeit eine Frage stellt und diese aus Angst Antworten der russischen Verhältnisse werden zeigen, daß die Antworten auf die obigen Fragen unrichtig sind, und das auf Grund offizieller Daten und Zugeständnisse. Wir werden an Hand einiger Beispiele, die genug bedeutsam sind, darlegen, daß man in Gegenwart der russischen Agenten richtige Antworten von den Arbeitern nicht bekommen kann. Seit langem — Ende Mai d. J. — hat man aufgedeckt, daß in Cherson — Bezirk Odessa, die ganze örtliche Behörde, das Parteikomitee, die „Sowjet“-Organe, die Kommandeure der Miliz, sich mit Prühlereien und Terror der Bevölkerung der Stadt beschäftigt haben. Als die Kommission von der Zentral-Kontrollkommission der ukrainischen Sektion der bolschewistischen Partei, keine Aussagen von der örtlichen Bevölkerung bekommen konnte, hat sie sich gezwungen gesehen, durch die Presse erklären zu lassen, daß die Aussagen der Zeugen streng geheim gehalten werden. Nur so ist es gelungen, Zeugen zum Aussagen zu bewegen. Es ist das folgende Telegramm der „Pravda“ vom 5. Juni charakteristisch: „Odessa, 3. Juni: Die Zentralkontroll-Kommission wandte sich an die Bevölkerung mit der Bitte, ihr Tatsachen von Mißbräuchen der Chersoner Behörde mitzutellen unter strenger Geheimhaltung der Namen der Zeugen, und hat diese Veröffentlichung schon am ersten Tag positive Ergebnisse gebracht, und daß, wo es sich um Aussagen handelt, die den Behörden von den Unternehmern gemacht werden sollen.“ Was kann da das Resultat sein, wenn man nicht vor einer höher gestellten Behörde antwortet will, sondern vor einer deutschen Delegation, die nur einige Stunden oder Tage sich dort aufhält? Wie können die Antworten lauten, die nicht unter Garantie der Geheimhaltung des Namens, sondern in Gegenwart aller Arten Obrigkeit, des Bezirks-Gewerkschaftsrates, des Vertreters der bolschewistischen Zelle und des Direktors des Betriebes, gegeben werden? Hier ein Beispiel aus der Reise der deutschen Delegation selbst, um zu sehen, inwiefern sie bei Unterhaltungen mit russischen Arbeitern die wahren Beziehungen zur bolschewistischen Macht und der Politik von heute erfahren konnte. Ein Teil der deutschen Delegation unter Vorsitz Obenwilligen, hat nach Tula Iwanowo-Wosnesensk — das Zentrum der russischen Textilindustrie, besucht. Der Korrespondent der „Trud“ schreibt in folgender Weise über diese Besuche: „In allen russischen Fabriken wurden Meetings organisiert, und trotzdem die Meetings auf dem Fabrikhof, unter freiem Himmel stattfanden, und es zu Beginn regnete, waren die arbeitenden Massen in großer Anzahl erschienen, und die Reden der ausländischen Delegierten zu hören. Eine Reihe von Fragen über die Zusammensetzung der Gewerkschaften, über die Lage in Deutschland, über die streikende deutsche Arbeiterschaft usw. zeugten für das Interesse der Textilarbeiter an der Delegation. Dieses Interesse aber hat sich nicht in so stürmischer Form offenbart, wie das dieser Tage in Tula und in einer Reihe anderer Städte geschah.“ Die Deutschen sind geneigt, diese Zurückhaltung mit einem gewissen, erdrückenden Zustand des Textilproletariats zu erklären, das von Zarismus, in dem die Textilarbeiter die unterdrückteste Schicht des Proletariats war, vererbt ist. Die Genossen von Iwanowo-Wosnesensk, mit denen ich über den Fall sprechen konnte, haben sich diese Zurückhaltung mit einem, den Weibern eigentümlichen Teil Skeptizismus erklärt. „Diese Zurückhaltung der Iwanowo-Wosnesensker erschien der deutschen Delegation besonders erstaunlich, weil diese doch am meisten von der Revolution gewonnen haben.“ (So schreibt die „Trud“ vom 11. August.) Hier tritt die Perfidität der Bolschewisten auf, und die Unrichtigkeit der Behauptung der deutschen Delegation, daß sie die Möglichkeit gehabt hätte, alles zu sehen, und nicht

daß in Amerika die Arbeiterklasse in ihrer größeren Mehrheit der Bourgeoisie nachsteht; in England war ein Teil von der Regierung MacDonald entsetzt, ein anderer von der Konvention in Schwedisch-Regierung; in Dänemark ist die Arbeiterklasse die „sozialistische“ Regierung; das Regime Noske daselbst, und in Deutschland stützte sich das Regime Noske sogar auf große Teile des Proletariats, zu welchen die Mehrzahl der deutschen Delegation gehörten. Es wäre ein Wunder, wenn in einem Lande wie Rußland, wo die Bolschewisten, die an der Spitze der revolutionären Kämpfe standen, die die Träger der Selbtsucht des Proletariats in einer Periode der gewaltigen Kämpfe waren, es wäre ein Wunder, wenn sie heute nicht mehr einen gewissen Einfluß auf das Proletariat hätten.

In diesem Punkt, die Beziehungen des russischen Proletariats zur bolschewistischen Macht, hat aber die Erklärung der Delegation auch keinen Wert, sie stützt sich meistens auf Unterhaltungen mit russischen Arbeitern. Man soll jedoch nicht vergessen, daß diese Unterhaltungen in Gegenwart der Obrigkeit, sei es „Sowjets“ oder Gewerkschaft, bolschewistischer Korrespondenten und unter der Vermittlung bolschewistischer Dolmetscher geführt worden sind. Was für eine Antwort ein Arbeiter auf eine gegebene Frage bei solchen Unterhaltungen geben wird, hängt nicht nur von der Dolmetscherkunst der Uebersetzer, sondern auch von dem Umstand ab, daß das geschieht in Gegenwart der bolschewistischen Agenten, und daß die Unterhaltungen zwischen den Delegationen und den russischen Arbeitern so geführt worden sind, sieht man aus den zahlreichen Korrespondenzen über die Reisen und „Unterhaltungen“, die in der bolschewistischen Presse erschienen sind. So z. B. gibt der „Trud“ (Zentralorgan der russischen Gewerkschaften) in folgender Weise das Verhör der Arbeiter wieder: Obenwilligen, Mitglied der Delegation, Sozialdemokrat, stellt die Frage: „Fühlen Sie nicht die Unterdrückung durch die Parteiorganisation? Fühlen Sie nicht die Gewalt und die Unterdrückung durch die kommunistische Zelle?“ Die Antwort ist folgende: „Nein, bei uns gibt es keinen Unterschied zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten.“ Obenwilligen fragt einen anderen Arbeiter, ob er mit dem Verband zufrieden ist, ob er nicht denkt, daß die Beiträge, die ihm abgezogen werden, umsonst gezahlt werden, daß sie für den Unterhalt des Betriebsrates und des Bezirks-Gewerkschaftsrates gezahlt werden. Der Arbeiter antwortet: „Ich bin freiwillig in den Verband eingetreten, und wenn ich nicht Beiträge

zahlen will, so kann mich niemand dazu zwingen.“ Obenwilligen stellt die Frage: „Wahrscheinlich geneigten Sie sich, weil hier der Vertreter des Bezirks-Gewerkschaftsrates, der Vertreter der Zelle und der Direktor des Betriebes anwesend sind?“ Der Arbeiter aber antwortet stolz: „Ich bin Arbeiter und niemand kann mich zwingen, das zu sprechen, was ich nicht denke.“

Wir nehmen an, daß der Arbeiter diese stolze Antwort gab. Wir verlassen die Frage, ob, nachdem er in Gegenwart der Obrigkeit eine gestellte Frage beantwortet hat, es dann noch einen Sinn hat, oder ist das pure Demagogie, wenn man in Gegenwart der Obrigkeit eine Frage stellt und diese aus Angst Antworten der russischen Verhältnisse werden zeigen, daß die Antworten auf die obigen Fragen unrichtig sind, und das auf Grund offizieller Daten und Zugeständnisse. Wir werden an Hand einiger Beispiele, die genug bedeutsam sind, darlegen, daß man in Gegenwart der russischen Agenten richtige Antworten von den Arbeitern nicht bekommen kann. Seit langem — Ende Mai d. J. — hat man aufgedeckt, daß in Cherson — Bezirk Odessa, die ganze örtliche Behörde, das Parteikomitee, die „Sowjet“-Organe, die Kommandeure der Miliz, sich mit Prühlereien und Terror der Bevölkerung der Stadt beschäftigt haben. Als die Kommission von der Zentral-Kontrollkommission der ukrainischen Sektion der bolschewistischen Partei, keine Aussagen von der örtlichen Bevölkerung bekommen konnte, hat sie sich gezwungen gesehen, durch die Presse erklären zu lassen, daß die Aussagen der Zeugen streng geheim gehalten werden. Nur so ist es gelungen, Zeugen zum Aussagen zu bewegen. Es ist das folgende Telegramm der „Pravda“ vom 5. Juni charakteristisch: „Odessa, 3. Juni: Die Zentralkontroll-Kommission wandte sich an die Bevölkerung mit der Bitte, ihr Tatsachen von Mißbräuchen der Chersoner Behörde mitzutellen unter strenger Geheimhaltung der Namen der Zeugen, und hat diese Veröffentlichung schon am ersten Tag positive Ergebnisse gebracht, und daß, wo es sich um Aussagen handelt, die den Behörden von den Unternehmern gemacht werden sollen.“ Was kann da das Resultat sein, wenn man nicht vor einer höher gestellten Behörde antwortet will, sondern vor einer deutschen Delegation, die nur einige Stunden oder Tage sich dort aufhält? Wie können die Antworten lauten, die nicht unter Garantie der Geheimhaltung des Namens, sondern in Gegenwart aller Arten Obrigkeit, des Bezirks-Gewerkschaftsrates, des Vertreters der bolschewistischen Zelle und des Direktors des Betriebes, gegeben werden? Hier ein Beispiel aus der Reise der deutschen Delegation selbst, um zu sehen, inwiefern sie bei Unterhaltungen mit russischen Arbeitern die wahren Beziehungen zur bolschewistischen Macht und der Politik von heute erfahren konnte. Ein Teil der deutschen Delegation unter Vorsitz Obenwilligen, hat nach Tula Iwanowo-Wosnesensk — das Zentrum der russischen Textilindustrie, besucht. Der Korrespondent der „Trud“ schreibt in folgender Weise über diese Besuche: „In allen russischen Fabriken wurden Meetings organisiert, und trotzdem die Meetings auf dem Fabrikhof, unter freiem Himmel stattfanden, und es zu Beginn regnete, waren die arbeitenden Massen in großer Anzahl erschienen, und die Reden der ausländischen Delegierten zu hören. Eine Reihe von Fragen über die Zusammensetzung der Gewerkschaften, über die Lage in Deutschland, über die streikende deutsche Arbeiterschaft usw. zeugten für das Interesse der Textilarbeiter an der Delegation. Dieses Interesse aber hat sich nicht in so stürmischer Form offenbart, wie das dieser Tage in Tula und in einer Reihe anderer Städte geschah.“ Die Deutschen sind geneigt, diese Zurückhaltung mit einem gewissen, erdrückenden Zustand des Textilproletariats zu erklären, das von Zarismus, in dem die Textilarbeiter die unterdrückteste Schicht des Proletariats war, vererbt ist. Die Genossen von Iwanowo-Wosnesensk, mit denen ich über den Fall sprechen konnte, haben sich diese Zurückhaltung mit einem, den Weibern eigentümlichen Teil Skeptizismus erklärt. „Diese Zurückhaltung der Iwanowo-Wosnesensker erschien der deutschen Delegation besonders erstaunlich, weil diese doch am meisten von der Revolution gewonnen haben.“ (So schreibt die „Trud“ vom 11. August.) Hier tritt die Perfidität der Bolschewisten auf, und die Unrichtigkeit der Behauptung der deutschen Delegation, daß sie die Möglichkeit gehabt hätte, alles zu sehen, und nicht